

<b>STADT AHRENSBURG</b> <b>- STV-Beschlussvorlage -</b>		Vorlagen-Nummer <b>2006/ 125.1</b>
<b>öffentlich</b>		
Datum 18.01.2007	Aktenzeichen I.1.1	Federführend: Frau Haase

## Betreff

### Erlass der Haushaltssatzung 2007 - Entwurf des Verwaltungs- und Vermögenshaushalts

<b>Beratungsfolge Gremium</b> Stadtverordnetenversammlung	<b>Datum</b> 29.01.2007	<b>Berichterstatter</b> Herr Koch
--	----------------------------	--------------------------------------

Finanzielle Auswirkungen	:	X	JA		NEIN
Mittel stehen zur Verfügung	:		JA		NEIN
Haushaltsstelle	:				
Gesamtausgaben	:				
Folgekosten	:				
<b>Bemerkung:</b>					

## Beschlussvorschlag:

Die Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2007 wird in der als **Anlage 1** beigefügten Fassung beschlossen.

## Sachverhalt:

### 1. Allgemeines

#### a) *Pflichtsatzung*

Nach § 77 Abs. 1 der Gemeindeordnung hat die Stadt für jedes Haushaltsjahr eine Haushaltssatzung zu erlassen, in der neben der Höhe der Einnahmen und Ausgaben des Verwaltungs- und Vermögenshaushaltes die Ermächtigung zur Aufnahme von Investitions- und Kassenkrediten und die Steuerhebesätze festzusetzen sind. Der Erlass der Haushaltssatzung ist gem. § 28 Abs. 1 Nr. 1 und 2, § 79 Abs. 1 GO der Stadtverordnetenversammlung vorbehalten.

#### b) *Haushaltsausgleich*

Gem. § 75 Abs. 3 GO soll der Haushalt in jedem Jahr ausgeglichen werden. Die "dauernde Leistungsfähigkeit der Stadt" als ein Parameter auch für die Genehmigungsfähigkeit der Haushaltssatzung ist nur dann gewährleistet, wenn ein Ausgleich zwischen Einnahmen und Ausgaben hergestellt wird.

Die Haushaltssatzung 2007 bedarf nicht der Genehmigung durch die Kommunalaufsicht, da der Haushalt des Haushaltsjahres 2007, der drei nachfolgenden Haushaltsjahre sowie der Jahre 2005 und 2006 ausgeglichen war bzw. ist (§ 84 GO in Verbindung mit Landesverordnung zur Genehmigungsfreiheit von Rechtsgeschäften).

## 2. Haushaltsentwurf 2007

Der Entwurf des Haushaltsplanes 2007 schließt ab

im <b>Verwaltungshaushalt</b> in Höhe von	55.177.900 €
(2006: 54.448.000 €)	
im <b>Vermögenshaushalt</b> in Höhe von	12.335.400 €
(2006: 15.096.200 €)	
somit im <b>Gesamthaushalt</b> insgesamt mit	67.513.300 €
(zum Vergleich 2006: 69.544.200 €)	

Der **Gesamthaushalt 2007** sinkt somit brutto gegenüber dem Vorjahr um 2.030.900 € (- 2,9 %). Die Einzelhaushalte betrachtet, ergeben sich folgende Veränderungen:

Verwaltungshaushalt 2007:	+ 729.900 €	(+ 1,34 %)
Vermögenshaushalt 2007:	- 2.760.800 €	(- 18,29 %)

Die kalkulatorischen Kosten, die inneren Verrechnungen und die Zuführung des Verwaltungshaushalts an den Vermögenshaushalt haben einen Anteil von 9.308.800 € in 2007 (2006: 8.677.800 €). Wird das Volumen des Verwaltungshaushalts um diese Kostenanteile reduziert, ergibt sich eine Nettoausgabe von 46.174.100 € für 2007 gegenüber 45.770.200 € in 2006.

Die bereinigten Ausgaben steigen um 1,01 Mio. € oder rd. 3,7 % (von 27,59 Mio. € auf 28,60 Mio. €), wenn die Umlagen außer Acht gelassen werden. Diese umfassen 2007 einen Anteil von 17,57 Mio. € (2006: 18,18 Mio. €) der oben genannten Nettoausgaben von 46,17 Mio. €.

Die Steuereinnahmen bilden neben den Personalausgaben die "Eckpunkte" der Einnahmen und Ausgaben des Verwaltungsetats. Die Steuern unterliegen in besonderem Maße konjunkturellen Schwankungen. Dieses gilt besonders für die Gewerbesteuern und die Anteile an der Einkommensteuer. Während die Grund- und Gewerbesteuererinnahmen von der Kommune selbst eingeschätzt werden können, basiert die Ermittlung der Einkommensteuer auf dem Haushaltserlass, das heißt Aussagen des Landes.

## 3. *Auf die weiteren wesentlichen Änderungen wird nachfolgend kurz eingegangen.*

### 3.1 Einnahmen des Verwaltungshaushalts

Durch die Grundsteuer B können rd. 4 Mio. € eingenommen werden.

Der Gewerbesteueransatz wurde 2006 durch den 2. Nachtragshaushalt auf 24,0 Mio. € heraufgesetzt. Das tatsächliche Anordnungssoll 2006 belief sich auf 25,33 Mio. €. Für 2007 werden 22,5 Mio. € veranschlagt, davon sind zurzeit rd. 21 Mio. € Vorauszahlungen für 2007.

Nach dem überarbeiteten Haushaltserlass des Landes vom 27.11.2006 wird für 2007 landesweit empfohlen, von einem Landesaufkommen der Gemeindeanteile an der Einkommensteuer von 749 Mio. € auszugehen. Dieses führt zu einem Einkommensteueranteil von 11,58 Mio. €.

Die Schlüsselzuweisungen sinken laut Haushaltserlass vom 30.08.2006 von 630.000 € auf 611.000 € für 2007.

Die Benutzungsentgelte erreichen mit 1,86 Mio. € in etwa das Vorjahresniveau, die Einnahmen aus Vermietung und Verpachtung erhöhen sich um rd. 15.000 € auf 805.700 €. Einbezogen in die Benutzungsgebühren ist die erstmalige Erhebung von Lesegebühren in der Stadtbücherei nach Kündigung des Büchereivertrages durch den Kreis Stormarn. Das Defizit des Unterabschnittes steigt dadurch von 396.800 € auf 441.200 €.

Die Erstattungen von Ausgaben des Verwaltungshaushalts steigen gegenüber 2006 von 5,28 Mio. € auf 5,47 Mio. €. Ursächlich hierfür ist im Wesentlichen die einmalige Erstattung von Beratungskosten der Vorjahre durch die Gasversorgung Ahrensburg GmbH (GAG).

Die Konzessionsabgaben steigen um rd. 0,95 Mio. € auf 2,63 Mio. €. Dies ist auf eine Nachzahlung für die Jahre 2004 bis 2006 im Bereich der Gasversorgung zurückzuführen. Im Konzessionsvertrag zwischen GAG und Stadt wurde die höhere Abgabe vereinbart. E.ON hat für die Zeit ab 01.01.2004 allerdings nur die niedrigere Abgabe entrichtet, die Differenz ist gegebenenfalls einzuklagen.

### **3.2 Ausgaben des Verwaltungshaushalts**

Die Personalausgaben liegen bei 10,796 Mio. € gegenüber 10,817 Mio. € im Vorjahr. Die stellenplangebundenen Personalausgaben umfassen 2007 10,226 Mio. € (2006: 10,312 Mio. €), jeweils inkl. 150.000 € Beihilfeaufwendungen und sinken somit um 86.000 €.

Beim sächlichen Verwaltungs- und Betriebsaufwand (Gruppierung 50 – 56) steigen die Ausgaben von 7,79 Mio. € auf 8,16 Mio. €. Dies ist im Wesentlichen auf steigende Energiekosten zurückzuführen.

Die Geschäftsausgaben sinken von 1,531 Mio. € auf 1,427 Mio. €. Hierin sind sowohl die Kosten für Bücher und Drucksachen, Papier, Post- und Fernmeldegebühren, Kosten für Bekanntmachungen wie auch Beratungs- und Gutachterkosten enthalten. 2007 liegen hier die Schwerpunkte in der weiteren Aufnahme digitaler Bestandspläne (50.000 €), den Kosten der Stadtplanung für die Anfertigung von Planungsunterlagen (75.000 €) und dem Ansatz von erneut 40.000 € für das Stadtmaking sowie weiteren 100.000 € beim Stadtentwicklungskonzept, 50.000 € für die Bauleitplanung Beimoor-Süd und weiteren 50.000 € für die Fortschreibung des Generalverkehrsplanes.

Enthalten sind unter Gruppierung 6580 ferner Erstattungen an den Bauhof. Diese sinken um rd. 80.000 €. Die Ausgaben für innere Verrechnungen steigen – siehe oben: Einnahmen/ Erstattungen des Verwaltungshaushalts – um rd. 45.000 €.

Für Zuweisungen und Zuschüsse im Verwaltungsetat (Gruppierung 70 + 71) entstehen 2007 Ausgaben von 4,81 Mio. €. Diesen steht eine Veranschlagung 2006 von 4,45 Mio. € gegenüber.

Die Veränderung erklärt sich insbesondere durch einen deutlich höheren Zuschuss an die Badbetriebsgesellschaft (Bad GmbH), höhere Zuschüsse im Kindertagesstättenbereich, einer Anpassung des Zuschusses „Marstall“ sowie der veränderten Auszahlung der Zuschüsse an den Verein Theater und Musik und der Niederdeutschen Bühne.

Das Defizit 2007 der Bad GmbH beträgt gemäß Wirtschaftsplan rd. 1,4 Mio. €. Neben diesem Betriebsführungsentgelt ist mit einer Nachzahlung für 2006 in Höhe von rd. 100.000 € für die abgeschlossene Flachdachsanierung zu rechnen. Weitere 60.000 € sind eingeplant, um einige das Hallendach tragende Betonpfeiler durch eine zusätzliche Betonummantelung zu stabilisieren. Um Liquiditätseingpässe im Laufe des Jahres zu verhindern, ist eine Reserve von 50.000 € eingeplant, die gegebenenfalls auf Anforderung der Badbetriebsgesellschaft ausgezahlt wird und als Betriebsführungsentgelt zu betrachten ist.

Die Zinsbelastung steigt infolge der Neuverschuldung 2006 um rd. 150.000 € auf rd. 635.000 €.

Vom Gewerbesteueraufkommen hat die Stadt 2007 an Bund und Land als Gewerbesteuerumlage 4,7 Mio. € - bei einem Umlagesatz von 73 % - abzuführen. Hierin ist auch eine Nachzahlung für das IV. Quartal 2006 enthalten.

Ein wesentlicher Bestandteil der von der Stadt zu zahlenden Finanzumlagen sind die Kreis- und die Finanzausgleichsumlage. Der Kreis Stormarn erhebt - soweit seine sonstigen Einnahmen den Ausgabenbedarf nicht decken - nach den Vorschriften des Finanzausgleichsgesetzes eine Kreisumlage.

Die Kreisumlage wird infolge der für die Berechnung maßgeblichen Zeiträume des III. Quartals 2005 bis inkl. II. Quartals 2006 von 11,11 Mio. € auf 11,38 Mio. € ansteigen. Hierin wirken sich erhöhte Steuereinnahmen infolge konjunktureller Verbesserungen und der erhöhte Umlagesatz aus. Als zusätzliche Kreisumlage sind rd. 880.000 € enthalten. Die Berechnung der Kreisumlage basiert aus einer allgemeinen Kreisumlage von 37,25 statt 36,5 % und einer Sonderkreisumlage – die nur von finanzstarken Kommunen, d. h. in Abhängigkeit vom Steueraufkommen zu entrichten ist – von 24 % statt bisher 22 %. Bei unveränderten Grundlagen von 36,5 %/ 22 % wäre eine Kreisumlage von 11,1 Mio. € zu entrichten gewesen – die Zusatzbelastung beträgt somit rd. 285.000 €. Die Finanzausgleichsumlage sinkt gegenüber 2006 von 1,62 Mio. € auf 1,485 Mio. €. Die Zahlen sind noch nicht verbindlich, solange die Festsetzung des Grundbetrages nicht bestätigt ist. Dieser wird vom Land festgesetzt. Nach dem Haushaltserlass für 2007 wird der Grundbetrag auf 740 € angehoben (vgl. 2006: 707 €).

#### **4. Zu den wichtigsten Einnahmen und Ausgaben des Vermögenshaushaltes**

Das Volumen des Vermögenshaushalts sinkt gegenüber dem Vorjahr um 2,76 Mio. € auf rd. 12,23 Mio. € ab. Dieses entspricht einer Reduzierung von rd. 18 %. Gemessen an dem bereinigten Ausgabevolumen des Verwaltungshaushalts von 45,26 Mio. € ergibt sich ein Anteil von 26,7 % (Vorjahr: rd. 33,0 %). Die Einnahmen des Vermögenshaushalts sind:

A	Zuführung vom Verwaltungshaushalt	4.625.000 €	37,49 %
B	Darlehensrückflüsse	1.085.100 €	8,80 %
C	Grundstückserlöse	4.070.500 €	33,00 %
D	sonst. Vermögenserlöse	1.000 €	0,01 %
E	Beiträge und ähnliche Entgelte	1.235.300 €	10,01 %
F	Zuweisungen und Zuschüsse	1.014.500 €	8,22 %
G	Kredite	304.000 €	2,46 %
	<b>S u m m e</b>	<b>12.335.400 €</b>	<b>100,00 %</b>

*Zu A) Zuführung vom Verwaltungshaushalt*

Der Zuführungsbetrag des Verwaltungs- an den Vermögenshaushalt übersteigt die Höhe der Pflichtzuführung, d. h., die Höhe der veranschlagten ordentlichen Tilgungsausgaben, mit 4,625 Mio. € erheblich. In dieser Höhe wird ein Beitrag zur Eigenfinanzierung des Vermögenshaushalts geleistet. Dieses bewahrt die Stadt vor einer höheren Neuverschuldung.

*Zu B) Darlehensrückflüsse*

Insbes. wird - in Abhängigkeit von der Entwicklung der GAG - die Rückzahlung der ihr vor dem 01.10.2006 gewährten Darlehen erwartet.

*Zu C) Grundstückserlöse*

Die Grundstückserlöse sind mit 4,07 Mio. € veranschlagt und liegen damit um rd. 1,57 Mio. € über dem Ansatz 2006. Sie resultieren im Wesentlichen aus der beabsichtigten Veräußerung des städtischen Geländes Klaus-Groth-Straße und Grundstückserlösen durch die Veräußerung von Teilflächen des Geländes "Beimoor-Süd".

*Zu E) Beiträge und ähnliche Entgelte*

Die Beiträge sollen 2007 rd. 1,235 Mio. € erreichen. Insbes. werden 2007 Ablösungsbeträge für die Erschließung Beimoor-Süd und Ausbaubeiträge nach Abrechnung der Lohe erwartet; letzteres ist neu zu veranschlagen, da die Abrechnung 2006 nicht erfolgen und ein Haushaltseinnahmerest nicht gebildet werden konnte.

*Zu F) Zuweisungen und Zuschüsse*

Zuweisungen und Zuschüsse sind in Höhe von 1,01 Mio. € kalkuliert (vgl. 2006: 1,10 Mio. €). Davon entfallen rd. 200.000 € auf Zuwendungen des Landes für die Umsetzung des Realisierungskonzeptes I. BA (Gutshof). Daneben werden insbesondere Zuweisungen für den Umbau des Bahnhofes von rd. 350.000 € und die letzte Rate für den Umbau der IGS zur offenen Ganztagschule erwartet.

*Zu G) Kredite*

Um die veranschlagten Ausgaben finanzieren zu können, ist ein Kreditbedarf in Höhe von 0,304 Mio. € erforderlich. In dieser Höhe werden vom Land Kredite mit vorteilhaften Konditionen für die Brandschutzsanierung schulischer Treppenhäuser gewährt.

#### 4.1 Ausgaben des Vermögenshaushaltes

A	Rücklagenzuführungen	83.500 €	0,68 %
B	Gewährung von Darlehen	100.000 €	0,81 %
C	Erwerb von Beteiligungen	80.000 €	0,65 %
D	Grunderwerb	3.020.000 €	24,48 %
E	Erwerb von beweglichen Sachen	1.263.400 €	10,24 %
F	Bauinvestitionen	6.826.000 €	55,34 %
G	Zuweisungen und Zuschüsse	385.000 €	3,12 %
H	Kredittilgung	572.500 €	4,64 %
I	Deckungsreserve im Vermögenshaushalt	5.000 €	0,04 %
	<b>Summe</b>	<b>12.335.400 €</b>	<b>100,00 %</b>

Die investiven Ausgaben zu F/ Bauinvestitionen verteilen sich im Wesentlichen wie folgt:

<b>Projekte/ Maßnahmen</b>	<b>Haushalt 2007</b>
Rathausanierung inkl. Trauzimmer, Dächer, Büros	357.000 €
Grundschulen, davon Gebäudesanierung und Brandschutz GS Am Schloss: 323.000 €	593.000 €
Schulzentrum Am Heimgarten, davon 300.000 € Dachsanierung	485.000 €
Stormarnschule, davon Brandschutz 414.000 €	561.000 €
Förderzentrum Fritz-Reuter-Schule	160.000 €
<b>Zwischensumme Schulen</b>	<b>1.858.000 €</b>
Kulturzentrum Marstall, Außenanlagen und Lager- raum	307.000 €
Planungskosten Neubau Altentagesstätte	200.000 €
Kunstrasenplatz auf Stormarnplatz (1)	700.000 €
Herrichten von Park- und Grünanlagen, davon 510.000 € für Gutshofgestaltung	750.000 €
Straßenbau mit Nebenanlagen AB 63 – 66	1.248.000 €
Beimoor-Süd (AB 63,88)	1.058.000 €
<b>SUMME o. g. Baukosten</b>	<b>6.478.000 €</b>

Daneben werden für den Erwerb von Grundstücksflächen 3.020.000 € bereitgestellt. Für den Bereich „Beimoor-Süd“ sind 2007 Grunderwerbskosten von rd. 900.000 € erforderlich, für Flächen zur Errichtung des Haltepunktes Gartenholz sind 2,1 Mio. € veranschlagt. Hiervon werden zwar nur Teilflächen für diese Maßnahme benötigt, der Eigentümer wird seine Fläche aber nur gesamt veräußern.

## 5. Verschuldung

Die Verschuldung der Stadt (ohne Stadtbetriebe) wird Ende 2006 bis zu 13,598 Mio. € betragen. Entscheidend hängt dies davon ab, inwieweit 2006 eine Kreditaufnahme (Plan 2006: 5,831 Mio. €) erforderlich wird. Ein Anteil von 3,9 Mio. € + 724.000 € Landeskredit wurde bereits aufgenommen, über die Restkreditermächtigung am Kreditmarkt von rd. 1,2 Mio. € ist im Rahmen des Jahresabschlusses 2006 zu entscheiden.

Für 2007 ist eine Neuverschuldung von 304.000 € (Landeskredite aufgrund Brandschutzsanierungsmaßnahmen in Schulen) ausgewiesen, deren Abnahme gegenüber dem Land bereits zugesagt wurde. Nach der planmäßigen Darstellung stiege die Verschuldung Ende 2007 auf 13,516 Mio. € (= 448 €/ Einwohner) an.

## 6. Aussichten

Der Verwaltungshaushalt 2007 und Folgejahre ist unverändert ausgeglichen und mit einem Zuführungsbetrag von 4,625 Mio. € wird die Pflichtzuführung in Höhe der Tilgungsausgaben von 0,385 Mio. € deutlich überschritten. Dieser Anteil dient in hohem Maße der Finanzierung des Vermögenshaushalts. Der Zuführungsbetrag wird auch in den folgenden Jahren bis 2010 voraussichtlich bei jeweils über 4,6 Mio. € liegen.

Entscheidend wird weiterhin insbesondere die Höhe der Gewerbesteuereinnahmen sein. Für 2007 liegen allein die Vorauszahlungen bei rd. 21 Mio. €, eine ähnliche Tendenz wird auch für die Folgejahre erwartet. Allerdings bestehen Unsicherheiten bei ein bis zwei größeren Gewerbesteuerzahlern zur Entwicklung am Standort Ahrensburg. Daneben sind teilweise die Steuerjahre ab 2003 noch nicht endgültig veranlagt, sodass sich Rückzahlungen ergeben könnten. Gegenwärtig liegen aber noch wenig Kenntnisse vor.

Eine weitere Verbesserung der Einnahmen des Verwaltungshaushalts ließe sich erzielen durch eine Anhebung der Hebesätze für die Grundsteuern A und B. Die Stadt hat 2003 den Hebesatz von 290 % (seit 1993 gültig) auf 300 % angehoben. Vorgeschlagen wurde mit Vorlage 2006/ 124 insbesondere auf dem Hintergrund, dass die Stadt weiterhin mit befreiender Wirkung die Beiträge an den Gewässerpflegeverband Ammersbek-Hunnau für Ahrensburger Grundeigentümer zahlt und die Ausschüsse seinerzeit signalisierten, einer moderaten Anhebung der Hebesätze für die Grundsteuern A und B auf 305 % zuzustimmen. Die Politik hat sich im Rahmen der Haushaltsberatungen 2007 gegen eine Erhöhung der Hebesätze ausgesprochen.

Positiv wirkt sich für die Kommunen unverändert die Senkung der Gewerbesteuerumlage aus. Statt 81 % (2005) sind ab 2007 nur 73 % der Gewerbesteuereinnahmen als Umlage abzuführen. Von den Gewerbesteuereinnahmen 2007 werden 229 % von 350 % bei der Berechnung der Steuerkraft berücksichtigt und sind tlw. in Form der Finanzausgleichs- und Kreisumlage an insbes. Kreis und Land abzuführen. 2009 wird der höchste Stand der Abführung (237 % von 350 %) erreicht werden, da sich erst zwei Jahre zeitversetzt der niedrige Umlagesatz von 73 % für 2007 auswirkt.

Zur Finanzierung des Vermögenshaushalts lassen sich trotz der zurzeit hohen Eigenfinanzierungsquote bis inklusive 2009 Kreditaufnahmen – wenn auch in geringer Höhe – nicht vermeiden.

Dem Aufbau einer Allgemeinen Rücklage ist daher hohe Bedeutung zuzumessen, um auch zukünftig auf wichtige Investitionsvorhaben, die sich teilweise auch kurzfristig ergeben können – siehe zum Beispiel Bau des Haltepunktes Ahrensburg Nord für den Stadtteil Gartenholz und das Gewerbegebiet Nord – flexibel reagieren zu können. Nach dem Investitionsprogramm ist erst ab 2010 mit zurzeit rd. 2,2 Mio. € wieder eine nennenswerte Zuführung möglich.

Die Investitionen sinken 2007 nur um rd. 18,2 % gegenüber 2006, obwohl die Stadt 2006 mit der Eigenkapitalausstattung der 100% städtischen GmbH Gasversorgung Ahrensburg von 4,6 Mio. € vor einer in jeder Hinsicht außerordentlichen Investition stand. 2007 wirken sich insbesondere hohe Grunderwerbskosten für die Realisierung eines zusätzlichen Haltepunktes in Ahrensburg-Gartenholz von bis zu 2,1 Mio. € aus. Daneben wird als weiterer Schwerpunkt ab 2007 die Attraktivierung der Innenstadt (Realisierungskonzept) angestrebt. Die Maßnahmen orientieren sich an dem 2004 erarbeiteten Konzept für die Landesgartenschau. In 2007 wird insbesondere der Umbau des Gutshofgeländes am Kulturzentrum Marstall erfolgen. Damit wird die Sanierung, die vor mehreren Jahren mit der Stallhalle begonnen und im August 2006 mit der Sanierung der Reithalle abgeschlossen wurde, mit der Gestaltung des Umgebungsbereiches Marstall und Gutshof ihren Abschluss finden. Besonders hervorzuheben ist, dass das Land die Umgestaltung des Gutshofgeländes von 750.000 € mit 40 % (= 203.000 €) nach dem Städtebauförderungsprogramm 2006 bis 2009 fördert. In 2007 soll ferner die Planung zum Ausbau der Großen Straße und der Ausbau der Kohschießstraße West erfolgen, parallel die Planung zur Neugestaltung der Freiflächen Große Straße. Zur Umsetzung des Realisierungskonzepts hinsichtlich der Großen Straße und der Freiflächengestaltung sind ebenfalls - für 2009 – Zuwendungsbescheide nach dem Städtebauförderungsprogramm übersandt worden. Auch die weiteren Schritte des Realisierungskonzepts werden erhebliche Mittel binden und sollen daher nur erfolgen, wenn jeweils mindestens 35 % von dritter Seite finanziert werden.

Die Schwerpunkte der Investitionen 2007 bis 2010 liegen aus Sicht der Verwaltung im Schul- und Straßenbau, vorbereitendem Grunderwerb und dem Neubau der Sozialstation. Eine Gegenfinanzierung dieser Investitionen ist, sofern der Zuführungsbetrag und die weiteren Einnahmen des Vermögenshaushalts durch Ausbau-/Ablösungsbeiträge oder Zuwendungen nicht ausreichen, nur durch eine Neuverschuldung möglich. Auf diesem Hintergrund sind auch weiterhin alternative Finanzierungsmodelle, zum Beispiel zum in 2008/2009 vorgesehenen Neubau der Altagestätte Peter-Rantzau-Haus mit privaten Partnern, zu prüfen.

---

Pepper  
Bürgermeisterin

#### **Anlagen:**

Haushaltssatzung 2007

Übersicht Verpflichtungsermächtigungen 2007

Änderungslisten 03/2006 zum Haushalt 2007